



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 12.12.2022, 10.30 Uhr

GKKE-Rüstungsexportbericht 2023

Statement von Prälatin Dr. Anne Gidion

Evangelische Vorsitzende der GKKE

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen heute – gemeinsam mit meinem katholischen Kollegen Prälat Dr. Karl Jüsten - den 27. Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) vorlegen zu können. Dieser Bericht wird jährlich von unserer Fachgruppe Rüstungsexporte erstellt. Den Mitgliedern dieser Fachgruppe, namentlich deren Vorsitzenden Dr. Max Mutschler, möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich für ihre Arbeit danken.

Lassen Sie mich mit dem Erfreulichen beginnen: Die Rüstungsexporte 2022 sind signifikant zurückgegangen – auch wenn sie weiterhin sehr hoch sind. Insbesondere die Exporte in die sog. Drittländer, die wir seit vielen Jahren kritisiert haben, sind um 38,7 Prozent zurückgegangen. Das ist umso erfreulicher, als ein erheblicher Teil dieser Exporte in die Ukraine ging, die unter friedensethischen Gesichtspunkten ein besonderer Fall ist. Die Zahlen deuten an, dass diese Bundesregierung zumindest im Hinblick auf die Drittstaaten, eine deutlich restriktivere Politik verfolgt als ihre Vorgängerregierungen. Das möchten wir an dieser Stelle ausdrücklich würdigen – wenngleich unter Vorbehalt.

Denn uns fehlen für eine abschließende Bewertung die erforderlichen Daten. Wie schon im Jahr zuvor ist die Bundesregierung auch 2023 hinter den von der Großen Koalition gesetzten Standard zurückgefallen und hat ihren jährlichen Rüstungsexportbericht nicht vor der Sommerpause vorgelegt. Für 2023 liegt er noch gar nicht vor. Diese Rückschritte in Sachen Transparenz sind irritierend und schaffen Unklarheiten in einem komplexen Politikfeld, das dringend der Ordnung und Transparenz bedarf. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, dieses Manko zu beheben und ihren jährlichen Rüstungsexportbericht wieder vor der Sommerpause vorzulegen.

In diesem Sinne unterstreichen wir erneut, dass wir die Bemühungen der Bundesregierung um ein Rüstungsexportkontrollgesetz unterstützen. Allerdings scheint dieses mit viel Elan im Koalitionsvertrag angekündigte Gesetz nicht so recht voranzukommen. Die GKKE fordert die Bundesregierung daher mit Nachdruck auf, nun einen umfassenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Zudem kritisiert die GKKE die neue Regelung der Allgemeinverfügungen, da zu befürchten steht, dass wirtschaftliche Interessen über Exportkontrolle, Transparenz und menschliche Sicherheit gestellt werden könnten. Insbesondere die Lockerung der Einzelfallprüfung für Sprengstoffe und geländegängige Fahrzeuge sowie die Erweiterung der Länderliste für Exporte stehen im Widerspruch zur Gefährlichkeit dieser Güter.

Wir nehmen wahr, dass der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Rüstungsanstrengungen die politisch-kulturelle Atmosphäre im Blick auf den Umgang mit Rüstungsgütern gewandelt haben. So richtig es ist, die Ukraine zu unterstützen: Es ist uns wichtig zu unterstreichen, dass es darauf ankommt, sich nicht schlicht an Rüstungsexporte zu gewöhnen. Rüstungsgüter sind keine Güter wie andere, die im Rahmen des selbstverständlichen Warenaustausches gehandelt werden dürfen. Ihre Auswirkungen können fundamental sein. Von daher bedürfen die Exporte dieser Güter eines wachsamem Diskurses und ernsthafte nachvollziehbarer Abwägungen. Transparenz und eine verlässliche Ordnung dieses Politikfelds können mit beitragen zu Frieden und Sicherheit insgesamt.
